

## **Protokoll**

### **über die öffentliche Sitzung**

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus  
am Mittwoch, dem 19.05.2021, 19:00 Uhr,  
in der Aula der Schule "Altes Amt Friedeburg" in Friedeburg, Lüttmoorland 2**

#### **Anwesend:**

##### **→ Ausschussmitglieder**

Björn Fischer, Marx (Vorsitzender)  
Olaf Gierszewski, Horsten (Vertretung für Ratsfrau Maike Eilers)  
Detlef Grüßing, Bentstreek (Vertretung für Ratsfrau Mareike Orgiesen-Ermlich)  
Frauke Heeren, Reepsholt  
Thorsten Hyda, Friedeburg  
Walter Johansen, Horsten  
Burkhard Putschke, Friedeburg  
Doris Stehle, Horsten  
Henning Weißbach, Wiesede (ab 19:08 Uhr / TOP 5)

##### **→ beratendes Mitglied**

Andreas Haak, Etzel

##### **→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich**

Ole Weber, Jugendparlament

##### **→ Vertreter der Verwaltung**

Helfried Goetz, Bürgermeister  
GR Nils Janßen  
GAR Matthias Rahmann  
Verw.-Angest. Marion Renken (Protokollführerin)

---

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnete um 19.00 Uhr die öffentliche Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er bat darum, während der Sitzung die FFP2-Masken zu tragen, auch wenn dies lt. Hygiene-Verordnung des Landkreises nicht verbindlich vorgeschrieben sei.

---

#### **TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 10.05.2021 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

### **TOP 3            Feststellung der Tagesordnung**

---

**Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 8 Ja-Stimmen zugestimmt.**

### **TOP 4            Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2020**

---

Ratsherr Putschke erklärte zu der von ihm im Protokoll gemachten Aussage bezüglich der Durchführung eines Losverfahrens, dass er dieses Verfahren nicht grundsätzlich ausschließen würde. Es sei vielmehr so, dass das letztmalig für Baugrundstücke in Horsten durchgeführte Verfahren, problematisch gewesen sei und sich hier gezeigt habe, dass man sich über die Vergabekriterien Gedanken machen müsse.

**Das Protokoll der Sitzung vom 17.09.2021 wurde mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.**

### **TOP 5            Einwohnerfragestunde**

---

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Auf entsprechende Anfrage von Herrn G. aus Friedeburg erläutere der BM, dass die gemeindliche Streuobstwiese am Friedeburger Tief möglichst naturnah bleiben und ein Obstbaumschnitt nur erfolgen solle, wenn es fachlich angesagt sei. Dieser werde dann entsprechend regelmäßig durch den Bauhof durchgeführt.
2. Herr M.-T. aus Marx bezog sich auf einen Zeitungsbericht über die zu fallende Eiche auf dem Friedeburger Marktplatz. Aus seiner Sicht habe man nicht alle technisch möglichen Schritte unternommen, um diesen Baum zu retten. Nachdem der BM auf den irreparablen Wurzelschaden bei diesem Baum hingewiesen hatte, verwies Herr M.-T. auf das Verfahren in anderen Städten und Gemeinden mit Bäumen, die ein ähnliches Schadbild aufwiesen. Hier seien die Bäume mit Stahlstreben gesichert worden. Der BM erklärte hierzu, dass das angefertigte Gutachten bedauerlicherweise keine Alternative zur Fällung aufgezeigt habe und auch Stahlabstützungen nicht ausreichen würden, eine Gefährdung auszuschließen. Nach Ansicht von Rh. Grüßing, habe alles seine Zeit und auch ein solches Mahnmal sei nicht für die Ewigkeit geschaffen. Wenn ein Erhalt möglich sei, solle dies für solche ortsbildprägenden Bäume natürlich erfolgen, ansonsten sei es nur vernünftig eine Neuanpflanzung vorzunehmen. Diesem Vorschlag schloss sich Rh. Putschke an. Zu diesem Thema habe es auch einen Austausch in der Fraktion gegeben.

(Rh. Weißbach nahm ab 19:08 Uhr an der Sitzung teil.)

3. Frau H. aus Hesel wollte wissen, welche pandemiebedingten Maßnahmen bis zum Jahresende für die Grundschulen und Kindertagesstätten in der Gemeinde Friedeburg geplant seien, um diese für die Pandemie „winterfest“ zu machen. Insbesondere erkundigte sie sich nach dem Einsatz von Luftfilteranlagen und deren Kosten sowie dem Kostenträger. Der BM verwies auf die umfangreichen Hygiene-Konzepte in den Schulen und Kindertagesstätten in der Gemeinde Friedeburg, welche in Abstimmung mit den Schulen umgesetzt worden seien. Man habe sich dabei schon frühzeitig mit der Thematik der Luftfilteranlagen auseinandergesetzt und für jeden Standort ein solches Gerät besorgt. Diese seien dann in den Lehrerzimmern getestet worden. Mit der umfassenden Durchführung von Schnelltests ständen die bereits aufgestellten mobilen Luftfilteranlagen aber nicht mehr im Vordergrund. Die Grundschulen hätten sich vielmehr für das regelmäßige Lüften entschieden, die Geräte alleine würden nichts bringen. Wichtig sei im Übrigen zu verhindern, dass eine Infektion erst in die Einrichtung komme. Eine hundertprozentige Sicherheit könne man jedoch nie gewährleisten. Hier sei dann schnelles

Handeln notwendig. So konnte z. B. durch frühzeitiges Erkennen und Reagieren eine Verbreitung der Epidemie in der Ev.-luth. Kindertagesstätte Reepsholt und der Grundschule in Wiesede verhindert werden. Ein spezielles Budget für Anschaffungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie gebe es nicht, so der BM auf weitere Nachfrage von Frau H. In einer Notsituation seien jedoch notwendige Mittel im Rahmen der Gefahrenabwehr zur Verfügung zu stellen. Abschließend erklärte der BM, dass die Bekämpfung der Pandemie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und gerade in speziellen Fragen auch die Landesregierung in der Pflicht sei. Die Gemeinde könne hier nicht alles im Alleingang lösen.

**TOP 6                    Bericht über die Haushaltslage und Sachstandsbericht Jahresabschluss  
2011  
Vorlage: 2021-040**

---

GAR Rahmann erläuterte den vorliegenden Bericht über die Haushaltslage und den Sachstandsbericht zum Jahresabschluss 2011.

Er wies darauf hin, dass neueste Steuerschätzungen im Bericht noch nicht berücksichtigt seien. Die Prognosen für den überwiegenden Teil der Einnahmehaushaltsstellen lägen „im grünen Bereich“; die weitere Entwicklung bliebe jedoch abzuwarten. Auch die Summe der liquiden Mittel habe sich bereits wieder verändert. Insgesamt gehe man zwar davon aus, dass aufgrund der Corona-Pandemie Einbrüche zu erwarten seien, die Ansätze aber so gehalten werden könnten. Aufgrund seiner erst kürzlich aufgenommenen Tätigkeit als Kämmerer und der momentan prekären Personalsituation im Fachdienst Finanzen versprach er, einen konkreten Bericht zum Sachstand des Jahresabschlusses 2011 zu einem späteren Zeitpunkt vorzulegen.

Der Vorsitzende bedankte sich bei GAR Rahmann für die geglückte Premiere.

Auch Rh. Haak bedankte sich für den arbeitsintensiven Bericht. Auf entsprechende Anfrage und Anregung bzgl. der farbigen Darstellung im vorliegenden Bericht erklärte BM Goetz, dass beim sog. Ampelsystem nur drei Farben zur Verfügung stünden und das Kennzahlensystem über mehr Aussagekraft verfüge. Die Datenerhebung mache aktuell jedoch viel Arbeit. Durch Erfahrungswissen könne man aber auch bei einzelnen Positionen bereits heute sagen, dass die dort angegebenen Summen erreicht würden. Insofern sei hier entsprechend eine grüne Darstellung gewählt worden, auch wenn die dargestellten Ansätze dies nicht immer wiedergeben würden.

Rfr. Stehle erkundigte sich nach der Genehmigung von Haushaltssatzung und –plan 2021 und der Einschätzung von GAR Rahmann zur aktuellen Personalsituation im Fachbereich Finanzen.

BM Goetz teilte mit, dass die Haushaltssatzung 2021 dem Landkreis Wittmund vorliege und man im Dialog stehe. Der Landkreis habe inzwischen um eine Fristverlängerung für die Genehmigung bis zum 30.06.2021 gebeten, welcher auch zugestimmt worden sei.

GAR Rahmann berichtete über den aktuellen und zu erwartenden Personalbestand im Fachdienst Finanzen und wies dabei darauf hin, dass durch das Ausscheiden eines Großteils des ursprünglichen Personalstamms viel Erfahrungswissen verloren gegangen sei. Hier sei man dabei, auch durch entsprechende Fortbildungen z. B. zur Finanzsoftware, den Kenntnisstand weiter zu verbessern.

Rh. Hyda erklärte, dass die bisherige Darstellung des Berichts problematisch sei und man zukünftig auch die Zahlen des Vorjahres mit abbilden solle, um dem Bericht eine größere Aussagekraft zu geben.

Auf entsprechende Anfrage von Rh. Hyda gab BM Goetz an, dass Haushaltssatzung und –plan 2021 Anfang Dezember 2020 im Gemeinderat beschlossen und Anfang Februar dem Landkreis Wittmund vorgelegt worden seien. Zu welchem Zeitpunkt eine erste Rückfrage seitens des

Landkreises erfolgt sei, könne er aus der Erinnerung nicht sagen. Er wies darauf hin, dass in der Gemeindeverwaltung in Folge drei Kämmerer am Haushalt 2021 gearbeitet hätten und bat um Verständnis für die daraus resultierende verspätete Vorlage beim Landkreis. Diese sei ihm sicherlich zuzurechnen. Eine Kritik gegenüber dem Landkreis Wittmund sei nicht angebracht, da dort die Haushaltssatzungen und -pläne aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Genehmigung vorgelegt würden und in der Reihenfolge ihres Einganges bearbeitet würden.

Rh. Hyda zeigte kein Verständnis für das späte Vorlegen von Haushaltssatzung u. -plan 2021 beim Landkreis. Er betonte jedoch, dass er kein Verschulden bei der Politik sehe. Weiter erkundigte sich Rh. Hyda nach dem aktuellen Stand des Jahresabschlusses 2011 und nach der Zusammenarbeit mit der Uelzener Doppik Beratungsgesellschaft. Er fragte nach, warum sich die Abschlussarbeiten derart verzögern würden.

BM Goetz versprach, in der kommenden Sitzung im Juni nähere Einzelheiten zum Jahresabschluss 2011 vorzutragen. Er verteidigte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die unter den gegebenen personellen Umständen, ihr Möglichstes täten.

Rh. Hyda sprach in diesem Zusammenhang von einer schon seit längerem bestehenden Schieflage und kritisierte, dass die oben genannte Beratungsgesellschaft augenscheinlich viel Geld bekäme, ohne abzuliefern. Er bat darum, dass die Beratungsgesellschaft zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses eingeladen werde.

**Der Bericht über die Haushaltslage und der Sachstandsbericht Jahresabschluss 2011 wurden zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.**

---

## **TOP 7            Anträge**

---

### **TOP 7.1            Erstellen einer "Melde-App" in der Gemeinde Friedeburg (Antrag von Rh. Stefan Gaidies vom 04.01.2021) Vorlage: 2021-010/1**

---

Rh. Gaidies erläuterte seinen bereits in der letzten Ratssitzung vorgestellten Antrag.

Rh. Johansen erklärte, dass bisher der Ortsvorsteher der erste Ansprechpartner des Bürgers bzw. der Bürgerin sei und dieser die Meldung an die Gemeindeverwaltung weitergebe. Seltener werde als erstes die Verwaltung informiert. Bei Einführung der App werde der Ortsvorsteher gar nicht oder lediglich im Nachgang von der Verwaltung informiert. Er halte eine App nicht für erforderlich und habe Sorge, dass der Ortsvorsteher dann nicht mehr auf dem Laufenden sei.

Rfr. Stehle bemerkte dazu, dass es sicherlich technisch möglich sei, die Meldung gleichzeitig mit an die Ortsvorsteher zu versenden. Auch müsse man für junge Menschen moderner werden. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Neugestaltung der Friedeburger Homepage hin, welche schon seit 4 Jahren ausstehe. Abschließend fragte sie nach den Kosten einer Melde-App.

Rh. Haak zählte die Vielzahl von Möglichkeiten auf, wie man heutzutage den Ortsvorsteher erreichen könne (E-Mail, Handy, Telefon, direkte Ansprache). Dabei hob er den persönlichen Kontakt hervor. Es sei wichtig, dass die Menschen in der Ortschaft wüssten, dass es Ortsvorsteher/innen gebe, die man jederzeit ansprechen könne. Er halte die Melde-App daher ebenfalls nicht für erforderlich. Er erwarte Mehrarbeit.

Rh. Grüßing sprach über seine Erfahrungen mit einer ortsinternen WhatsApp-Gruppe in Bentstreek. Er sah eine Gefahr für die Verwaltung, in der Eskalation von Meldungen. Viele unwichtige Meldungen könnten dann zu Lasten der wichtigen übersehen werden. Außerdem gab er zu bedenken, dass eine solche App auch regelmäßig gepflegt werden müsse. Man solle

sich Neuerungen nicht verschließen, könne dies aber auch auf anderen digitalen Wegen tun. Die Melde-App halte er nicht für ein geeignetes Mittel.

Rh. Putschke schloss sich der Aussage seiner Vorredner im Wesentlichen an und verwies auf die Filterfunktion des Ortsvorstehers. Digitalisierung sei nicht immer nur von Vorteil. Er sprach sich ebenfalls gegen eine Melde-App aus.

Rh. Gaidies führte an, dass ein Foto, per Melde-App verschickt, oft aussagekräftiger sei als eine Beschreibung. Er sehe auch keine Mehrarbeit für die Verwaltung, sondern eine Zeitersparnis in der Kontaktaufnahme zwischen Ortsvorsteher und Verwaltung und es erfordere weniger Papier. Er berichtete von guten Erfahrungen anderer Kommunen. Die Kosten einer Melde-App würden mit einer 3-4 stelligen Summe kaum ins Gewicht fallen. Er bat abschließend um Zustimmung zu seinem Antrag.

Die Rhen Gierszewski und Weißbach sahen ebenfalls die Gefahr einer Überflutung mit Meldungen per App. Sie hoben nochmal die Filterfunktion des Ortsvorstehers und die Aufgabenerledigung auf dem „kleinen Dienstweg“ hervor und sprachen sich gegen eine Melde-App aus.

Der BM wies in dem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass aus Datenschutzgründen WhatsApp und Facebook keine offiziellen Kommunikationsmittel der Gemeinde seien.

Rfr. Stehle erklärte, dass die Einführung einer solchen App nichts an der Wertschätzung für die Ortsvorsteher/innen ändere. Hier sei zwischen dem technischen System und der praktischen Umsetzung vor Ort zu unterscheiden. Auf weitere Nachfrage von Rfr. Stehle, bezifferte der BM die jährlichen Kosten einer Melde-App - je nach Modell - mit 1.500,-- € bis 4.500,-- €.

Der Antrag von Rh. Stefan Gaidies vom 04.01.2021 wurde mit 2 Ja-Stimmen, 6-Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

**Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:**

**Für die Gemeinde Friedeburg ist eine „Melde-App“ einzurichten.**

**TOP 7.2 Überprüfung der Personalsituation des Bauhofes (Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 28.01.2021)  
Vorlage: 2021-021**

---

Der BM erläuterte anhand eines Sachstandsberichts die aktuelle Situation. Die Einstellung von Saisonarbeitern sei u. a. ein großes Thema und die Festeinstellung einer Kraft aus diesem Kreis wünschenswert. Der Bericht ist als Anlage diesem Protokoll beigefügt.

Rh. Grüßing bedankte sich für die Ausführungen und erklärte, dass die gestellten Fragen so beantwortet seien. Ziel sei es gewesen, zu fragen, wer die vielfältige Arbeit des Bauhofes erledige und wie man für die Zukunft aufgestellt sei. Man habe sich hier nun Gedanken gemacht und das Thema in den Fokus gerückt.

Rh. Putschke führte aus, dass von der CDU-Fraktion, nach seinem Verständnis, formell gar kein Antrag gestellt worden sei. Man sei sich im Übrigen darüber einig, dass der Leiter des Bauhofes sehr kompetent sei und man diesen vorher habe direkt befragen können. Man vertraue hier auch auf die Verwaltung und den Bürgermeister, dass für eine angemessene personelle Ausstattung des Bauhofes gesorgt werde.

Rh. Johansen stimmte der Einschätzung des Sachstandsberichtes zu. Man müsse immer schauen, was die zu leistenden Aufgaben seien und wie viele Leute hierfür benötigt würden. Es sei ggf. auch über die externe Vergabe bestimmter Aufgaben nachzudenken. Wichtig sei dabei aber immer dann auch die Kontrolle der Leistungserbringung.

Rfr. Stehle stellte klar, dass aus ihrer Sicht ganz klar ein Antrag besprochen werde. Es sei nun lediglich etwas unglücklich, dass dieser Antrag ohne Beschluss bereits beantwortet worden sei. Wichtig sei es, am Ende ein vernünftiges Personalkonzept zu haben. Es bliebe jedoch auch der Eindruck, dass Herr Decker als Bauhofleiter wohl nicht bereits im Vorfeld des Antrages beteiligt worden sei, was sicher hilfreich gewesen wäre. Ansonsten sehe sie den Altersdurchschnitt im Bauhof kritisch und erkundigte sich nach einer evtl. Verkomplizierung der Aufgaben. Dinge wie die Baumkontrollen seien ja bereits vorher durchzuführen gewesen. Die externe Vergabe von Aufgaben sei im Übrigen natürlich eine Option.

Rfr. Heeren bedankte sich für die gute Zusammenstellung der Daten durch den BM. Man müsse den Altersdurchschnitt im Auge behalten und dem Wunsch von Herrn Decker auf Festeinstellung einer bisherigen Saisonkraft solle nachgekommen werden.

Rh. Hyda erklärte, dass die Grundarbeitsfähigkeit des Bauhofes stets gewährleistet sein müsse. Eine stetige Aufgabenkritik sei dabei immer notwendig.

Rh. Weißbach erläuterte mit Blick auf eine möglich Aufgabenkritik, dass man sich Gedanken machen müsse, ob alle Beete und Unkrautentfernungen immer notwendig seien. Hier bestünde u. a. durch die Anlegung von Blühwiesen und die Reduzierung der allgemeinen Pflügetätigkeiten die Möglichkeit der Freisetzung von Arbeitskraft.

Rh. Haak zeigte sich erfreut über die Beleuchtung der Aufgaben des Bauhofes und die daraus entstandene Diskussion. Er erläuterte, dass der Altersdurchschnitt im Vergleich zu anderen Berufsbildern nicht unbedingt kritisch zu sehen sei. Wünschenswert sei eine Auflistung aller Aufgaben des Bauhofes und man müsse im Blick haben, dass sich auch durch den Wegfall von Arbeiten durch die ortsansässigen Landwirte wie z. B. dem Mulchen der Seitenränder, Mehrarbeit für den Bauhof ergeben könne.

Der BM erklärte abschließend, dass der Leiter des Bauhofes sich jeden Tag im Rathaus befände und man so schon immer einen direkten Sachstand über die Entwicklungen im Bauhof bekomme. Er wies nochmal darauf hin, dass sich die Arbeiten des Bauhofes geändert hätten. Strengere Dokumentationspflichten und Vorgaben des Kommunalversicherers seien hier u. a. bei der Baumkontrolle zu erfüllen. Ansonsten gebe es für den Bauhof schon seit über 20 Jahren ein Auftragssystem, so dass sich die Entwicklung der Aufgaben gut nachvollziehen lasse. Es sei aber natürlich auch so, dass sich viele Aufgaben nicht nur aus diesen Aufträgen ergeben, sondern immer wiederkehrend seien.

Rh. Putschke wies darauf hin, dass bei einer evtl. Fremdvergabe auch die Wegezeiten zu berücksichtigen seien. Bei einer Flächengemeinde wie Friedeburg würden hier schnell weite Wege für den Bauhof zusammenkommen. Hier würden sich durch die externe Vergabe ggf. Synergien ergeben.

Rh. Gierszewski führte aus, dass aus seiner Sicht ein richtiger Antrag nicht vorliege. Es sei aber trotzdem eine gute Diskussion gewesen und das Ziel der CDU sei nun ja bereits vor einer entsprechenden Beschlussfassung erreicht worden.

Auf Nachfrage des BM stellte Rh. Grüßing klar, dass der Antrag seitens der CDU-Fraktion damit erledigt und ein Beschluss nicht erforderlich sei. Der Antrag werde deshalb zurückgezogen.

**TOP 7.3            Herstellung der ganzjährigen Befahrbarkeit von in gemeindlicher  
Verantwortung stehenden Radwegen (Antrag der Ratsfraktion Bündnis  
90/Die Grünen vom 06.02.2021)  
Vorlage: 2021-016**

---

Rfr. Stehle erläuterte den Antrag und gab an, dass nach Auskunft von Frau Reuß-Hemken von der Tourist-Information, die Fahrradbeauftragten der Gemeinde keine Beanstandungen der Radwege gemeldet hätten.

Rh. Weißbach hatte bei dem Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gruppe lediglich ein Problem mit der Bezeichnung „ganzjährig“. Dies beinhaltet auch den Räumdienst im Winter.

Rh. Johansen schlug in der sich anschließenden Diskussion vor, wie beim Straßenunterhaltungsprogramm zu verfahren und die in der Gemeinde vorhandenen Radwege jährlich zu überprüfen. Damit wären dann die Ortsvorsteher in der Verantwortung. Er führte mit Blick auf das gemeindliche Stück auf dem Brink aus, dass hier von jemandem versucht wurde, die Grasnarbe zu entfernen, was die Situation verschlimmert habe. Hier müsse der Weg jetzt beschottert werden, aber ohne diesen aufzubrechen. Hier werde es aber immer wieder Probleme mit der Grasnarbe geben.

Rh. Grüßing schlug vor, den Beschlussvorschlag entsprechend der in der Sitzung erarbeiteten Vorschläge umzuschreiben, so dass ein mehrheitlicher Beschluss gefasst werden könne. Eine nachhaltige Lösung sei für Einheimische wie Touristen wünschenswert.

Rh. Haak erklärte, dass es in Ordnung sei, dies wie bei der Straßenunterhaltung bei den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern mit aufzunehmen. Alle Radwege zu sanieren, sei ein Fass ohne Boden, so dass eine Prioritätenliste aufzustellen sei.

Nach entsprechendem Formulierungsvorschlag durch den BM zeigte sich Rfr. Stehle mit der Änderung des Antrages einverstanden. Es gehe bei dem Antrag nicht darum Gefahren von Schnee und Eis auszuschließen. Die Wege sollten mit in die Straßenunterhaltung aufgenommen und entsprechend kontrolliert werden.

Der von Rh. Haak in der Sitzung mündlich gestellte und nach kurzer Aussprache wieder zurückgezogene Antrag, einen zusätzlichen Haushaltsansatz für die Überprüfung der Radwege zu schaffen, soll als gesonderter Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses behandelt werden.

Dem wie folgt abgeänderten Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2021 wurde mit 9-Ja-Stimmen zugestimmt:

**Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:**

- 1. Dieses Teilstück ist in einer Weise zu ertüchtigen, dass es möglichst ganzjährig befahren werden kann.**
- 2. Alle Radwege, die in der Verantwortung der Gemeinde stehen, sind in das Straßenunterhaltungsprogramm mit aufzunehmen und möglichst in einen Zustand zu versetzen, der zu einer ganzjährigen Befahrbarkeit führt.**

**TOP 7.4            Möglichkeiten von Bestattungswäldern in Friedeburg und Bentstreek  
(Anträge der SPD-Ratsfraktion und des Ortsvorstehers Detlef Grüßing)  
Vorlage: 2021-022**

---

GR Nils Janßen stellte kurz die vorliegenden Anträge vor und gab aufgrund einer vorherigen Anfrage von Rfr. Stehle nochmals einen Überblick über die unterschiedlichen Bestattungsformen in der Gemeinde Friedeburg.

Rh. Putschke erläuterte den Antrag der SPD-Ratsfraktion und unterstrich noch einmal den Bedarf und die oft fehlende Mobilität der älteren Bevölkerung einerseits und die durch den „Stroot“ vorhandenen idealen Bedingungen vor Ort andererseits.

Rh. Grüßing erläuterte seinen Antrag und sprach dabei ebenfalls von guten Voraussetzungen in seiner Ortschaft. Er sehe seinen Antrag nicht nur auf den Friedhof in Bentstreek begrenzt. Das Angebot könne auch auf einem anderen gemeindlichen Friedhof umgesetzt werden. Er schlug vor, beide Anträge zusammen zu behandeln.

Rh. Gierszewski regte ebenfalls an, weitere Friedhöfe, wie z. B. Wiesede, in die Überlegung mit einzubeziehen. Ggf. werde es noch einen weiteren Antrag seitens der SPD-Ratsfraktion geben.

Der BM erklärte, dass man mit der Beantwortung der Anträge natürlich auch Informationen für die weiteren Ortschaften gewinnen werde. Er stellte abschließend klar, dass nun separat über die zwei vorliegenden Anträge zu entscheiden sei und bat um Abstimmung.

- I. Dem Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 08.03.2021 wurde mit 9-Ja-Stimmen zugestimmt:
- II. Dem Antrag von Ortsvorsteher Detlef Grüßing vom 30.04.2021 wurde mit 9-Ja-Stimmen zugestimmt:

**Dem Verwaltungsausschuss wird vorgeschlagen, folgende Beschlüsse zu fassen:**

- I. **Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Landkreis Wittmund mit dem Ziel zu führen, eine Erweiterung des Waldfriedhofes um einen Anteil zur Waldbestattung zu ermöglichen.**
- II. **Die Verwaltung wird bis zur übernächsten Sitzung des Ausschusses beauftragt, folgende Informationen einzuholen und vorzustellen:**
  1. **Ist ein Ruheforst im Wäldchen des Bentstreeker Friedhofs rechtlich möglich?**
  2. **Welche Kosten würden entstehen: Planung, Umsetzung, Pflege usw.?**
  3. **Welche Einnahmen wären möglich: Grabstellen, Kapelle usw.?**
  4. **Wer müsste Träger sein, Gemeinde oder ein entsprechendes Unternehmen?**

## **TOP 8 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

---

Es erfolgte kein Bericht.

## **TOP 9 Anfragen und Anregungen**

---

Rh. Putschke verwies auf einen aktuellen Pressebericht, dem zu entnehmen war, dass die Stadt Wiesmoor den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr die Kosten für eine C-Fahrprüfung lediglich zum Teil erstatte. Er hob positiv hervor, dass in der Gemeinde Friedeburg die gesamten Kosten übernommen würden.

## **TOP 10 Schließung der Sitzung**

---

Der Vorsitzende schloss um 21:15 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin